



Niederschrift

über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 26/2003-2008 am 1.10.2007 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.28 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender stellv. Ausschussmitglied	Wilfried Wengler Elisabeth von Bressensdorf (für zurückgetretenes AM Clauss-Dieter Rommerskirchen)
Ausschussmitglied	Simone Brocks
"	Holger Hoffmann
"	Gudrun Hohn
stellv. Ausschussmitglied	Karin Honerlah (für AM Annette Marquis)
"	Edda Lessing (für AM Hans-Joachim Werner)
Ausschussmitglied	Jörg Möhlenbrock
stellv. Ausschussmitglied	Horst Ostwald (für AM Hans-Detlev Bruhn)
Ausschussmitglied	Thea Rahl
"	Moiken Silberbauer
seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast Gleichstellungsbeauftragte Annegret Horn Anja Riemer Lars Möller als Protokollführer
als Gäste zu TOP 3	Herr Dr. Brems (Geschäftsführer der VHS) Herr Volke (Vorsitzender der VHS)

Zu Beginn der Sitzung schlägt Herr Ostwald vor, Punkt 9 der Tagesordnung - „Schülerbeförderung - Auswirkungen der neuen Kreissatzung“ vor den Punkt 5 - „Aufnahme und Fortschreibung von Investitionsmaßnahmen in den Investitionsplan 2008 – 2011 sowie Haushaltsvoranschlag 2008 für die Sachgebiete Bildung und Freizeit sowie Kinder und Jugend“ zu verlegen, da Punkt 9 ein haushaltsrelevantes Thema sei. Dem Vorschlag wird allgemein zugestimmt. Es ergibt sich somit folgende neue

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses 25/2003 – 2008 am 27.8.2007**
- 3. Vertrag über die Finanzierung der VHS ab dem 01.01.2008**



4. **Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen - Elternumfrage zu den neuen Schularten -**
5. **Schülerbeförderung – Auswirkungen der neuen Kreissatzung**
6. **Aufnahme und Fortschreibung von Investitionsmaßnahmen in den Investitionsplan 2008 – 2011 sowie Haushaltsvoranschlag 2008 für die Sachgebiete Bildung und Freizeit sowie Kinder und Jugend**
7. **Zuschüsse für besondere sportliche Veranstaltungen mit überörtlichem Charakter – Antrag der SPD-Fraktion –**
8. **Kindertageseinrichtungen anderer Träger – Gebührenermäßigung für die Betreuung von Kindern im letzten Aufnahmejahr vor Schuleintritt**
9. **Schule Am Beckersberg – Schulhoferweiterung**
10. **Treffpunkte für Jugendliche – Antrag der WHU-Fraktion**
11. **Belegung der Kindertageseinrichtungen zum neuen Kindergartenjahr**
12. **Unterrichtungen / Anfragen**
13. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr Wengler verliest zu Beginn der Sitzung einen Antrag der CDU-Fraktion vom 20.09.2007 über die Gewährung eines zusätzlichen Betrags in Höhe von 1.600,00 € für eine Arbeitsgemeinschaft „Technik und Werken“ an der Realschule im Schulzentrum. Er fragt an, ob der Antrag für die laufende Sitzung noch rechtzeitig gestellt worden sei. Frau Riemer erklärt, der Antrag sei verspätet eingegangen.

Herr Wengler beantragt, die Dringlichkeit des o. g. Antrags festzustellen und diesen auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag auf

Feststellung der Dringlichkeit und Zulassung des Antrags zur Tagesordnung

wird bei	5 Stimmen dafür (CDU-Fraktion ohne Frau v. Bressensdorf)
mit	4 Stimmen (SPD- und WHU-Fraktion)
und	2 Stimmenenthaltungen (Frau v. Bressensdorf, Herr Hoffmann)

abgelehnt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Schäfer fragt an, wann die Flutlichtanlagen auf den Sportplätzen fertig gestellt sein werden und warum hierfür Mehrkosten in Höhe von 13.000,00 € entstanden sind. Bürgermeister Dornquast sagt die Klärung dieser Fragen zu.



Zu Protokoll wird mitgeteilt, dass der genaue Fertigstellungstermin noch nicht feststeht. Die Sportplätze können von den Baufahrzeugen nicht befahren werden, ohne erhebliche Schäden zu hinterlassen. Daher haben sich Verzögerungen ergeben.

Die Mehrkosten in Höhe von knapp 12.300,00 € sind dadurch entstanden, dass eine Förderung der Beleuchtung an eine DIN-gemäße Beschaffenheit und eine Ausleuchtung von mindestens 80 Lux gebunden ist. Mit diesen Maßgaben lag das günstigste Angebot im Rahmen der Ausschreibung bei 62.282,71 €.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses 25/2003 – 2008 am 27.8.2007“

Die Niederschrift wird mit nachfolgender Änderung einstimmig genehmigt. Die Erklärung auf Seite 4 der Niederschrift, letzter Absatz, wird nicht von Frau Marquis, sondern von Frau Brocks abgegeben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Vertrag über die Finanzierung der VHS ab dem 01.01.2008“

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind den Ausschussmitgliedern eine Beratungsvorlage und der Vertragsentwurf ab dem 01.01.2008 zugegangen. Die Vorlage wird von Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert. Im Anschluss wird Herrn Dr. Brems, Geschäftsführer der Volkshochschule Henstedt-Ulzburg e.V. (VHS), das Wort erteilt.

Herr Dr. Brems gibt einen Rückblick auf die zurückliegenden Förderperioden. Er erwähnt insbesondere die Erweiterung des Personalbestands sowie die Ausweitung des Angebots z. B. auf die offene Ganztagschule und die Legasthenieförderung. Der Förderbetrag sei derweil konstant geblieben, einen Inflationsausgleich habe es nicht gegeben. Er regt an, den Förderbetrag von bisher 1,44 € auf 1,70 € pro Einwohner anzuheben. Die Volkshochschule gewährleiste dafür eine Sicherung des derzeitigen Qualitätsniveaus auch für die Zukunft.

Bürgermeister Dornquast empfiehlt, den Vertragsabschluss unter diesen Voraussetzungen zurückzustellen, da eine entsprechende Erhöhung des Förderbetrags genau geprüft werden müsse.

Herr Dr. Brems erläutert, er wünsche, dass zumindest offen gehalten werde, dass in zwei bis drei Jahren über eine Erhöhung des Zuschusses verhandelt werden könne.

Herr Wengler erklärt, diese Forderung nach Abschluss der Vertragsverhandlungen zu erheben sei nicht akzeptabel. Für die Gemeinde habe es keine Möglichkeit gegeben, diese neue Forderung bis zur Sitzung finanziell zu prüfen.

Frau Lessing fügt hinzu, Planungssicherheit sei für die VHS grundsätzlich wichtig. Eine Erhöhung über einen Fünfjahreszeitraum ohne Vorprüfung zu beschließen, bezeichnet sie jedoch als spekulativ. Möglicherweise müsse dann jährlich neu verhandelt werden.



Frau Honerlah fordert zur Beurteilung einer Anhebung des Fördersatzes, dass die VHS künftig nicht nur Jahresberichte, sondern ausführliche Geschäftsberichte einzureichen habe.

Frau von Bressensdorf sieht eine ausreichende Flexibilität der Bezuschussung bereits in der Koppelung des Förderbetrags an die Einwohnerzahl.

Herr Wengler erklärt, der Vertrag verlängere sich um ein Jahr, wenn nicht eine der Vertragsparteien rechtzeitig kündige. Somit bestehe derzeit kein akutes Bedürfnis, einen neuen Vertrag ohne entsprechende Prüfung von Änderungswünschen abzuschließen.

Herr Ostwald und Frau Honerlah fordern eine Zurückstellung dieses Tagesordnungspunktes.

Die Ausschusssmitglieder sind sich einig, dass die Verwaltung mit der VHS Verhandlungen aufnimmt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen - Elternfrage zu den neuen Schularten -“

Bürgermeister Dornquast erläutert kurz die zu diesem Tagesordnungspunkt erstellte Beratungsvorlage mit den entsprechenden Anlagen.

Frau Lessing stellt fest, die von der Verwaltung vorbereitete Umfrage weiche erheblich von dem von der SPD-Fraktion ursprünglich erarbeiteten Vorschlag ab. Das zusätzliche Informationsblatt sei unnötig. Das von der SPD-Fraktion im Antrag vom 02.07.2007 beigefügte Infoblatt aus der Zeitschrift „Schule aktuell“ (Ausgabe Oktober 06) sei am besten geeignet. Die Umfrage solle kurz und bündig sein.

Die mit Sternchen am Ende des Fragebogens beigefügte Erläuterung, dass die Aufnahme einer realschulempfohlenen Schülerin bzw. eines realschulempfohlenen Schülers am Gymnasium im Ermessen der Schulleitung liegt, sei überflüssig.

Herr Wengler erwidert, die der Vorlage beigefügten Informationsblätter des Bildungsministeriums seien aktueller und daher besser geeignet als der Auszug aus der Zeitschrift „Schule aktuell“.

Frau Honerlah kritisiert, die Frage nach der Ortsteilzugehörigkeit sei überflüssig. Der Fragebogen sei zu kompliziert, es gebe zu viele Informationen. Die Infoblätter des Bildungsministeriums seien ausreichend.

Bürgermeister Dornquast erläutert, dass die Frage unter Punkt V des Entwurfs mit dem Beschluss des Kultur- und Jugendausschusses vom 27.08.2007 konform sei. Die Frage der Ortsteilzugehörigkeit sei wichtig, um die spätere Standortfrage für die jeweilige neue Schulform beantworten zu können.

Frau Silberbauer erklärt, es sei wichtig darauf hinzuweisen, dass die Aufnahme realschulempfohlener Schüler am Gymnasium der Zustimmung der Schule bedürfe. Die entsprechende Erläuterung auf dem Fragebogen sei daher unerlässlich.



Frau Hohn hält die im Entwurf des Fragebogens vorgenommene Differenzierung zwischen den Schulartempfehlungen und den entsprechenden Wahlmöglichkeiten für zwingend nötig, da sonst als Präferenz zu häufig das Gymnasium gewählt würde.

Frau Lessing fordert, die Fragestellung aus dem SPD-Antrag müsse im Fragebogen erscheinen.

Herr Wengler ergänzt, zu Punkt V des Fragebogens gehöre die Erläuterung, dass die Schüler beim Übergang von der Grund- zur weiterführenden Schule eine Schulartempfehlung durch die Grundschule bekommen.

In dem von der Verwaltung entworfenen Informationsblatt müsse ferner dargestellt werden, dass nicht der Schulträger über die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe entscheidet, sondern das Bildungsministerium. Eine gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule sei ein Ausnahmefall und bedürfe einer besonderen Begründung.

Des Weiteren gebe es in allen weiterführenden Schularten die gemeinsame Orientierungsstufe in der 5. und 6. Klasse. Dies müsse in dem Infoblatt korrigiert werden.

Wichtig sei darüber hinaus, dass in der Gemeinschaftsschule neben der inneren auch eine äußere Differenzierung ab der 7. Klassenstufe möglich ist. In der Regionalschule werden in den Kernfächern ab der 7. Klassenstufe verpflichtend nach Bildungszweigen getrennte Klassen gebildet. In den Nebenfächern könne die Schule selbst entscheiden, ob sie gemeinsame Klassen bildet, oder ob auch hier nach Bildungszweigen getrennte Klassen entstehen.

Herr Hoffmann erklärt, es sei schwierig, im Rahmen der Umfrage nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel Information an die betroffenen Eltern weiterzugeben. Dabei müsse auch verhindert werden, dass durch die Art der Information Einfluss auf die Meinung der Eltern genommen wird.

Die Ausschussmitglieder einigen sich schließlich auf folgende Vorgehensweise:

Der Fragebogen erhält folgende Änderungen:

- Auf dem Fragebogen bleibt Frage I (Ortsteil), es entfallen die Fragen II bis IV. Frage V wird zu Frage II.
- Diese erhält einleitend den Hinweis an die Eltern, dass die Kinder beim Übergang von der Grund- zur weiterführenden Schule eine Schulartempfehlung durch die Grundschule erhalten.
- Darauf folgen die angepasste Fragestellung des o. g. SPD-Antrags und der Hinweis über die Ankreuzmöglichkeiten.
- Der Hinweis über das Aufnahmeermessen der Schule bei der Wahl des Gymnasiums durch realschulempfohlene Schüler bleibt erhalten.

Das Informationsblatt wird mit folgenden Änderungen verwendet:

- Gemeinsame Orientierungsstufe bei allen weiterführenden Schularten



- Gemeinschaftsschule: gymnasiale Oberstufe nur im Ausnahmefall, innere und äußere Differenzierung ab der 7. Klasse möglich
- Regionalschule: ab Klassenstufe 7 in den Kernfächern nach Bildungszweigen zwingend getrennte Klassen, in Nebenfächern ist gemeinsamer Unterricht möglich

Die Informationsblätter des Bildungsministeriums werden dem Elternbrief ebenfalls beigefügt. Die geänderten Fassungen des Fragebogens und der Informationsblätter werden den Ausschusmitgliedern mit dem Anschreiben an die Eltern am 04.10.2007 über das jeweilige Postfach in der Poststelle ausgehändigt. Bis zum 09.10.2007 ist der Verwaltung mitzuteilen, ob über die Umfragepapiere Einvernehmen besteht. Sollte dies nicht der Fall sein, ist anlässlich der am 09.10. stattfindenden Sitzung der Gemeindevertretung erneut hierüber zu beraten.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Schülerbeförderung – Auswirkungen der neuen Kreissatzung“

Bürgermeister Dornquast erläutert die hierzu ergangene Vorlage. Als Anlage sind die neue Satzung des Kreises Segeberg sowie die hieran angepassten Grundsätze der Gemeinde Henstedt-Ulzburg beigefügt.

Herr Ostwald hält die Erhöhung des Eigenanteils bzw. die Einführung u. a. für die Eltern der Grundschulkinder nicht für gerechtfertigt, da die Gemeinde auch in der Vergangenheit von der Kreissatzung abweichende Regelungen in ihren Grundsätzen getroffen habe.

Herr Wengler erläutert, die finanziellen Auswirkungen der Satzung seien zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden abgesprochen. Er vermutet, die Gemeinde könne jedoch trotzdem auf eine Kostenbeteiligung in Form eines Eigenanteils verzichten.

Bürgermeister Dornquast zitiert § 114 (2) Satz 3 der Neufassung des Schulgesetzes, wonach die Kreissatzung zwingend vorzusehen habe, dass die Eltern oder die volljährige Schülerin bzw. der volljährige Schüler an den Kosten der Schülerbeförderung in Höhe von 30% des Betrags beteiligt werden, der für eine Monatskarte aufzuwenden wäre.

§ 9 (1) der neuen Kreissatzung spreche hingegen von der Absetzung eines Eigenanteils von den Kosten der Schülerbeförderung. Sofern hierdurch die Möglichkeit geschaffen wird, von der Erhebung des Eigenanteils abzusehen, liefe dies dem Inhalt des Schulgesetzes zuwider. Das Gesetz sei jedoch die höherrangige Norm und damit gültig.

Frau Lessing hält die Erhebung der Eigenbeteiligung in der nach der Vorlage erarbeiteten Form grundsätzlich für nicht akzeptabel.

Bürgermeister Dornquast erklärt, die Satzung trete bereits zum 01.11.2007 in Kraft und müsse daher kurzfristig von der Gemeinde umgesetzt werden.



Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Aufnahme und Fortschreibung von Investitionsmaßnahmen in den Investitionsplan 2008 – 2011 sowie Haushaltsvoranschlag 2008 für die Sachgebiete Bildung und Freizeit sowie Kinder und Jugend“

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind den Ausschussmitgliedern die von der Verwaltung erstellten Übersichten zugegangen. Frau Rahl lobt die darin erfolgte Zusammenstellung der Haushaltsansätze.

Frau Lessing fragt nach der Berücksichtigung des zusätzlichen Betrags für audiovisuelle Medien im Etat der Gemeindebücherei und -mediothek. Frau Riemer erklärt, der in der Sitzung vom 27.08.2007 beschlossene Betrag in Höhe von 500,00 € sei im Verwaltungshaushalt an entsprechender Stelle eingestellt worden.

Herr Wengler teilt mit, das Alstergymnasium habe aufgrund der Umstellung von neun auf acht Jahre Schulzeit einen erhöhten Schulbuchbedarf. Er bittet den Ausschuss zu beschließen, dass das entsprechende Budget (*Anmerkung der Verwaltung: Haushaltsstelle 23000.5760*) im Haushaltsjahr 2008 um 15% erhöht wird. Für das Haushaltsjahr müsse zu gegebener Zeit über eine weitere Erhöhung beraten werden. Herr Wengler schlägt hier eine Erhöhung von 50 % des Budgets vor.

Frau Lessing erklärt, sie halte die Steigerung für überhöht. Herr Wengler erwidert, der genannte Zuschlag sei bereits aufgrund der voraussichtlichen 6-Zügigkeit der Eingangsklassen gerechtfertigt. Auch die künftigen Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen werden eine entsprechende Mittelerhöhung gegenüber den Budgets der derzeitigen weiterführenden Schulen im Bereich der Lernmittel benötigen.

Auf Nachfrage von Herrn Ostwald, ob es eine Anfrage der Schule an die Verwaltung zur Erhöhung des Budgets gegeben habe, antwortet Herr Wengler, er selbst sei diesbezüglich an das Alstergymnasium herangetreten.

Bürgermeister Dornquast fragt an, ob die Erhöhung für jede Klassenstufe beabsichtigt sei, da die Umstellung auf eine achtjährige Schulzeit alle Jahrgangsstufen betreffe. Herr Wengler erläutert, dass auch in den kommenden Jahren ein erhöhter Bedarf bestehe, wenn die künftigen G8-Schüler in den Jahrgangsstufen aufsteigen.

Zu Protokoll wird folgendes mitgeteilt:

Bei der Haushaltsstelle 29000.6398 (Kosten der Schülerbeförderung) wurde bei dem Unterkonto 01 bereits im Haushalt 2007 versehentlich ein Betrag in Höhe von 42.300 € angesetzt. Dieser Betrag stellt tatsächlich die Summe der Ansätze beider Unterkonten 01 und 02 dar. Der fehlerhafte Betrag wurde fälschlicherweise auch in den Haushaltsvoranschlag 2008 übernommen. Der korrekte Betrag für das Unterkonto 01 lautet 18.700 € (Differenz: -23.600 €).

Aufgrund der Beschlussfassung wird der Etats für Lernmittel / Schülersachausgaben am Alstergymnasium (Haushaltsstelle 23000.5760) von 57.200 € um 15% auf 65.800 € (aufgerundet) erhöht (Differenz: 8.600 €).

Insgesamt verkürzt sich der Verwaltungshaushalt durch die genannten Änderungen auf der Ausgabeseite damit um 15.000 €.



Beschluss: **Der Kultur- und Jugendausschuss erkennt die Investitionsmaßnahmen für die Sachgebiete „Bildung und Freizeit“ sowie „Kinder und Jugend“ an und empfiehlt dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss, die Maßnahmen in der zeitlichen Abfolge im Investitionsplan 2008-11 zu berücksichtigen.**

Der Kultur- und Jugendausschuss erkennt die Haushaltsvoranschläge für die Sachgebiete „Bildung und Freizeit“ sowie „Kinder und Jugend“ an und empfiehlt, die Beträge in den Haushalt 2008 einzustellen. Für das Alstergymnasium wird der bisher eingestellte Betrag auf der Haushaltsstelle 23000.5760 in Höhe von 57.200 € um 15% (= 8.600 €) auf 65.800 € erhöht.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

„Zuschüsse für besondere sportliche Veranstaltungen mit überörtlichem Charakter – Antrag der SPD-Fraktion –“

Auf die Anfrage von Herrn Hoffmann erklärt Bürgermeister Dornquast, dass nach der früheren Regelung ein Zuschuss für die gesamten Veranstaltungskosten gewährt wurde, also nicht nur für die Aufwandsentschädigung der Schiedsrichter, sondern beispielsweise auch für Bewirtungskosten.

Frau Hohn spricht sich gegen eine Bezuschussung derartiger Veranstaltungen aus. Sie erachtet die Bezuschussung von Ehrungen als ausreichend und fordert, es sollten keine Präzedenzfälle durch einmalige Bezuschussungen geschaffen werden.

Herr Ostwald betont die Bedeutung des Turniers. Der Imagegewinn sei enorm wichtig für Henstedt-Ulzburg. Die genannten Ehrungen können diesen nicht erreichen.

Herr Hoffmann vertritt die Auffassung, die Veranstaltung habe nicht die von Herrn Ostwald dargestellte erhöhte Bedeutung. Ein öffentliches Interesse habe er in der Bevölkerung kaum wahrgenommen.

Frau Honerlah unterstreicht die erhebliche Bedeutung der Veranstaltung. Sie erklärt, dass die Schiedsrichter nicht unentgeltlich eingesetzt werden könnten, diese Tätigkeit als ehrenamtlich einzustufen sei nicht ausreichend. Sie plädiert dafür, die bis 2002 geltende Regelung wiederherzustellen.

Herr Wengler erklärt, der Antrag der TG Alsterquelle sei der Auslöser für diese Diskussion gewesen, allerdings müsse die Grundsatzfrage einer Bezuschussung solcher Veranstaltungen geregelt werden. Da eine Abgrenzung für Einzelfälle problematisch sei, spricht sich die CDU-Fraktion weiterhin gegen eine gesonderte Bezuschussung solcher Veranstaltungen aus.



Der Ausschuss einigt sich damit auf die Abstimmung über die nachstehende Beschlussvorlage:

Beschluss: Die im Jahr 2002 beschlossene Streichung der Bezuschussung für besondere sportliche Veranstaltungen mit überörtlichem Charakter, die auf den Sportanlagen in Henstedt-Ulzburg stattfinden, bleibt bestehen.

Beschlussfassung: 7 Stimmen dafür (CDU-Fraktion und Herr Hoffmann)
4 Stimmen dagegen (SPD- und WHU-Fraktion)

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Kindertageseinrichtungen anderer Träger – Gebührenermäßigung für die Betreuung von Kindern im letzten Aufnahmejahr vor Schuleintritt“

Bürgermeister Dornquast erläutert die hierzu erstellte Beratungsvorlage. Frau Brocks ergänzt, diesbezüglich habe bereits in der letzten Sitzung Konsens bestanden. Der Beschlussvorschlag wird daher zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: Der Kultur- und Jugendausschuss spricht sich dafür aus, allen Trägern von Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, mit denen eine Finanzierungsvereinbarung gemäß § 25 KiTaG besteht, das aufgrund einer 50%igen Gebührenermäßigung für die Betreuung von Kindern im letzten Aufnahmejahr vor Schuleintritt entstehende Gebührendefizit in voller Höhe auf schriftlichen Antrag zu erstatten.

Der Erstattungsanspruch kann erstmals rückwirkend zum Beginn des Kindergartenjahres 2007/08 (01.09.07) geltend gemacht werden.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Schule Am Beckersberg – Schulhoferweiterung“

Zur Beratungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Bürgermeister Dornquast kurz Stellung.

Die Ausschusssmitglieder sind sich darüber einig, den Beschluss bis zur Entscheidung über die künftigen Schularten nach dem neuen Schulgesetz zurückzustellen.



Zu Punkt 10 der Tagesordnung:
„Treffpunkte für Jugendliche – Antrag der WHU-Fraktion“

Frau Honerlah erläutert den Antrag der WHU-Fraktion. Es bestehe Konsens im Umwelt- und Planungsausschuss, dass die erforderlichen Maßnahmen im Kultur- und Jugendausschuss zu beraten seien.

Herr Ostwald wünscht sich den „Runden Tisch“ zu diesem Thema möglichst kurzfristig. Er kritisiert jedoch die Einflussnahme der WHU auf das Kinder- und Jugendparlament.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass der „Runde Tisch“ wie folgt besetzt werden müsse:

- 2 Vertreter/innen des Kinder- und Jugendparlaments
- 1 Vertreter/in des Jugendforum „Tonne“
- 1 Vertreter/in des Rats für Kriminalitätsverhütung
- Frau Nagel (Schule am Beckersberg) als pädagogische Vertreterin der Schulen
- 1 Vertreter/in des Sportrats
- 1 Vertreter/in der Polizei (Abteilung Rauschgiftdelikte)
- 1 Vertreter/in der Verwaltung
- 1 Vertreter/in der HHG
- 1 Vertreter/in der Jugendbildungsstätte „Mühle“ in Bad Segeberg
- 1 Vertreter/in des Kinderschutzbundes

Vertreter der Politik und der Kirchen sollen nicht beteiligt werden.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:
„Belegung der Kindertageseinrichtungen zum neuen Kindergartenjahr“

Bürgermeister Dornquast erklärt, auf der letzten Seite des Berichts sei ein Fehler unterlaufen. In der letzten Tabelle müsse in den Überschriften die Anzahl der Betreuungstage abfallend von 5 Tagen bis 1 Tag pro Woche enthalten sein.

Auf Anfrage erklärt Bürgermeister Dornquast, neben der Anmeldeliste gebe es keine gesonderte Warteliste. Die Verwaltung werde zur nächsten Sitzung eine Übersicht zur Anmeldesituation vorlegen.

Frau Horn lobt die übersichtliche Darstellung der der Vorlage beigefügten Belegungslisten.

Frau Honerlah stellt fest, viele der Gruppen seien überbelegt. Frau Riemer antwortet, sämtliche Überschreitungen der Höchstbelegungszahlen seien genehmigt worden.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen / Anfragen“

Bürgermeister Dornquast erläutert die zu diesem Tagesordnungspunkt erstellte Vorlage. Zu den Punkten a) und b) ergeben sich keine Anfragen.



Zur Einrichtung von Sportkindergartengruppen erklärt Bürgermeister Dornquast, dass diese von den Kindergärten im Wesentlichen begrüßt würden. Auf Anfrage von Herrn Ostwald bestätigt Bürgermeister Dornquast, es erfolge diesbezüglich eine Abstimmung mit den Sportvereinen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Iversen teilt mit, das Thema Schülerbeförderung werde insbesondere hinsichtlich der Eigenbeteiligung bei den anstehenden Kommunalwahlen durch die Elternbeiräte von Kreis und Land thematisiert.

gez. Wilfried Wengler
(Ausschussvorsitzender)

gez. Lars Möller
(Protokollführer)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)